

# BRÜSSELER NOTIZEN

## zur Außen- und Entwicklungspolitik

**Ausgabe vom  
2. Juli 2019**

Berichtszeitraum: 01.06.2019 bis 30.06.2019

Inhalt:

- **Entscheidung über EU-Westbalkan-Erweiterung um Nordmazedonien und Albanien vertagt**
- **EU-Zentralasienstrategie auf zwei Säulen: erstens Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, zweitens Aufbau einer marktwirtschaftlichen Ordnung**
- **Maia Sandu neue Regierungschefin in Moldau – schwierige Regierungsbildung**
- **Größte Freihandelszone der Welt entsteht: EU-Kommission einigt sich mit Mercosur (Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay) auf multilateralen Freihandel**
- **Wirtschaftsforum mit Ghana: EU will Wirtschaftskooperation zur Schaffung von Arbeitsplätzen in Ghana vorantreiben**
- **Europäische Entwicklungstage unter dem Motto „Abbau der Ungleichheiten“**
- **Neues EU-Förderinstrument der Entwicklungszusammenarbeit „NDICI“: noch Klärungsbedarf**

## Westbalkan: Vertagte Entscheidung über neue EU-Erweiterung

Besonders Nordmazedonien und Albanien hatten der Entscheidung des Rates für Außenbeziehungen über die Aufnahme von EU-Beitrittsgesprächen mit großer Hoffnung entgegengeblickt; ihre Erwartungen beruhten vor allem darauf, dass die Europäische Kommission Ende Mai die Aufnahme von Verhandlungen über einen Beitritt empfohlen hatte. Auch wenn der Rat die Reformfortschritte beispielsweise der Justiz in Skopje und Tirana lobte, vertagten die Minister nun eine Entscheidung und wollen sich erst im Oktober zum Thema äußern.

Deutschland trug ebenfalls zu diesem Szenario bei, da interne Prozesse im Bundestag noch keine finale Entscheidung zuließen. Die Niederlande äußerten Bedenken an einem EU-Beitritt Albaniens auf Grund der Korruption und organisierten Kriminalität. Frankreich argumentiert ebenso gegen eine EU-Erweiterung und spricht sich stattdessen dafür aus, zunächst EU-interne Reformen umzusetzen. Die Entscheidung für die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen erfordert jedoch die Einstimmigkeit aller Mitgliedstaaten der EU. Daher ist fraglich, wann genau die beiden Westbalkanländer konkretere Perspektiven erhalten. **MEIKE ZIMMERMANN**

## EU-Zentralasien-Beziehungen: „Neue Möglichkeiten für eine stärkere Partnerschaft“

In seiner Juni-Sitzung nahm der Außenrat Schlussfolgerungen zur neuen Zentralasienstrategie an. Für die Europäische Union sind die fünf zentralasiatischen Staaten Turkmenistan, Kasachstan, Usbekistan, Kirgisistan und Tadschikistan zunehmend wichtige Partner – aufgrund ihrer geographischen Lage, ihren Anteilen an den Energie-Importen in die EU, einem Markt von 70 Millionen Menschen und dem Interesse der EU an Stabilität in der Region. In der jüngsten Vergangenheit arbeiteten die fünf Länder nach Jahren der Abschottung intensiver zusammen, nicht zuletzt versinnbildlicht durch den Gipfel der Staatspräsidenten im kasachischen Astana 2018.

Die EU stellt ihre Zentralasien-Strategie zukünftig auf zwei Säulen: *zum einen* der Partnerschaft für einen widerstandsfähigen Staat, *zum anderen* für Wachstum. Die erste Säule bildet die Stärkung der Demokratie und des Rechtsstaats unter Gewährleistung der Menschenrechte, zudem Unterstützung beim Kampf gegen die Korruption. Daneben möchte die EU sicherheitspolitische Herausforderungen, welche beide Seiten betreffen, gemeinsam angehen. Dazu zählen die Grenzsicherung und die Steuerung der Migration. Regionale sicherheitspolitische Projekte wie die Shanghai-Organisation, an der sich u. a. Russland und China beteiligen, will die EU weiterhin beobachten. Unterstützung bietet die EU beim Kampf gegen Umweltverschmutzung und für sauberes Trinkwasser, dessen Knappheit zu Streit führt, an. Zur zweiten Säule „Partnerschaft für Wachstum“ gehört für die EU, beim Aufbau einer marktwirtschaftlichen Ordnung mit wettbewerbsfähigen privaten Unternehmen zu unterstützen, ferner den Handel unter den fünf zentralasiatischen Ländern sowie gegenseitige Investitionen zu fördern. Es geht auch um die Verbesserung der Vernetzung – sowohl der Infrastruktur als auch der Menschen. Brüssel befürwortet das Bestreben der fünf Staaten, Mitglied der Welthandelsorganisation zu werden.

In Zentralasien pflegt die Hanns-Seidel-Stiftung besonders enge Beziehungen mit Kirgisistan. Erst im April erneuerte Staatspräsident Soronbai Dscheenbekow das Kooperationsabkommen bei seinem Besuch in München ([hss.de/presse](https://www.hss.de/presse)). **MARKUS EHM**

## Regierungsbildung in Moldau

Bereits im Februar fanden die Parlamentswahlen in Moldau statt, bei der keine Partei eine klare Mehrheit erzielen konnte. Nach drei Monaten wurde nun Maia Sandu des pro-europäischen Parteienblock ACUM Anfang Juni zur neuen Regierungschefin gewählt. Sie bildet zusammen mit den pro-russischen Sozialisten eine Koalition. Bevor es jedoch zu der neuen Regierungsbildung kam, fand ein tagelanger Machtkampf zwischen den Koalitionsparteien und der Demokratischen Partei des umstrittenen Oligarchen Vladimir Plahotniuc statt. Der Oligarch erkannte die Regierungsbildung nicht an. Zusätzlich bereitete eine Drei-Monats-Frist, die vom Verfassungsgericht als 90-Tage-Frist interpretiert wurde, weitere Schwierigkeiten: Das Gericht erklärte die Regierungsbildung für ungültig und urteilte weiterführend, dass Präsident Igor Dodon das Parlament auflösen solle. Sowohl die EU als auch Russland und die USA begrüßen jedoch die neue Regierungsbildung in der Republik, so dass Plahotniuc der internationale Rückhalt fehlt. Er reiste mittlerweile ins Ausland.

Für die Hanns-Seidel-Stiftung ist die neue Ministerpräsidentin Maia Sandu eine gute Bekannte: Zu Beginn des Jahres 2018 organisierte das Europa-Büro Brüssel eine öffentliche Konferenz für internationales Fachpublikum, auf der die damalige Oppositionsführerin sprach. Daneben traf Sandu hochrangige Gesprächspartner, darunter den Europaabgeordneten und stellvertretenden Vorsitzenden der Hanns-Seidel-Stiftung, Markus Ferber. MEIKE ZIMMERMANN

## EU-Mercosur: Einigung auf größte Freihandelszone weltweit

Am Rande des G20 Gipfels in Osaka verkündete Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker am 28. Juni den Abschluss des „historischen“ Freihandelsabkommens mit den Mercosur-Ländern Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay. Zwei Jahrzehnte dauerten die Verhandlungen (siehe auch Brüsseler Notizen vom 19.12.2017). Bevor das Abkommen in Kraft treten kann, muss es noch vom Europäischen Parlament, sowie von allen Mitgliedstaaten ratifiziert werden. Emmanuel Macron machte bereits deutlich, dass Frankreich nicht unterzeichnen würde, wenn Brasilien seine Androhung wahr machen und aus dem Pariser Klimaabkommen austreten sollte.

Mit über 770 Millionen Bewohnern würde das Abkommen die größte Freihandelszone weltweit bilden. Nach einer Übergangszeit würden die Zölle für 93 % aller Importe aus Mercosur in die EU und 91 % aller EU-Exporte in die Mercosur-Länder wegfallen. In Mercosur würde vor allem der Agrarsektor profitieren, während sich in Europa die Auto- und Chemieindustrie höhere Gewinne erhofft.

Nicht nur wirtschaftlich, auch politisch sendet die Einigung ein wichtiges Signal: für ein offenes, faires, regelgestütztes multilaterales Handelssystem und somit gegen Protektionismus. Das Abkommen ist jedoch umstritten. Europäische Landwirte kritisieren, dass von lateinamerikanischen Produzenten die hohen europäischen Standards im Umwelt-, Verbraucher- und Tierschutz nicht gleichermaßen eingefordert würden, was zu einer Wettbewerbsverzerrung führe. „Dieses Handelsabkommen ist Doppelmoral pur“, so der Präsident des Deutschen Bauernverbands Joachim Rukwied. Auch Umweltschützer protestieren, da sie befürchten, dass der Freihandel u. a. zur weiteren Abholzung des Regenwaldes führen könnte. ANNE SCHLEY

## Erstes Ghana-EU-Wirtschaftsforum

Am 13. und 14. Juni 2019 fand in der ghanaischen Hauptstadt Accra unter dem Motto „Investitionen steigern für nachhaltige Arbeitsplätze in Ghana“ das erste Wirtschaftsforum zwischen dem westafrikanischen Land und der EU statt. Die EU-Seite war mit Vize-Kommissionspräsident für Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit, Jyrki Katainen, vertreten. Das Forum steht im Zusammenhang mit der *Afrika-Europa-Allianz für nachhaltige Investitionen und Arbeitsplätze* ([https://ec.europa.eu/commission/africaeuropealliance\\_de](https://ec.europa.eu/commission/africaeuropealliance_de)), welche die EU-Kommission im September vergangenen Jahres initiiert hatte. Die EU stellt ihre Partnerschaft mit dem afrikanischen Kontinent fortan verstärkt in den Fokus einer Wirtschaftskooperation unter Einbezug des Privatsektors für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Die Regierung Ghanas hatte sich bereits in der Vergangenheit mit einer Vision einer Partnerschaft jenseits der Entwicklungszusammenarbeit geäußert und ist somit ein vielversprechender Partner.

Das Wirtschaftsforum in Ghana ermöglichte es seinen über 1.000 europäischen und ghanaischen Teilnehmern aus dem Privatsektor, nationalen und internationalen Finanzinstitutionen, Entwicklungsorganisationen sowie den öffentlichen Einrichtungen, über Möglichkeiten zur Verbesserung des Wirtschaftsklimas und der Steigerung von privaten Investitionen zu diskutieren. Lokale und ausländische Unternehmen erhielten aus erster Hand Informationen über den *Externen Investitionsplan der EU* ([https://ec.europa.eu/commission/eu-external-investment-plan\\_de](https://ec.europa.eu/commission/eu-external-investment-plan_de)), der u. a. Garantien für die Absicherung gegen Risiken vergibt. Diese Garantien sollen private Investitionen planbarer und sicherer machen. KATHARINA PATZELT

## Europäische Entwicklungstage 2019: Ungleichheiten bekämpfen

Das Motto der diesjährigen von der Europäischen Kommission organisierten Europäischen Entwicklungstage („European Development Days“) lautete „Abbau der Ungleichheiten: Aufbau einer Welt, die niemanden zurücklässt“. Ein internationales Fachpublikum tauschte sich zwei Tage lang über die bisherigen Erfolge sowie die noch zu bewältigten Herausforderungen bei der Bekämpfung von Ungleichheiten im Zusammenhang mit der Nachhaltigkeitsagenda 2030 und ihren Zielen aus. Der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, betonte in seiner Eröffnungsrede die Bedeutung von Partnerschaften für eine gleichberechtigtere Welt, von denen alle gleichermaßen profitieren sollten. Während der vielen Podiumsdiskussionen und kleineren Runden zum Gedankenaustausch wurde das Thema der Konferenz aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet. So verwiesen die Sprecher beispielsweise auf die Auswirkungen des Klimawandels auf die weltweit herrschenden Ungleichheiten. Des Weiteren unterstrichen sie, wie wichtig lokale Akteure in der Entwicklungszusammenarbeit seien und inwieweit auch die Privatwirtschaft verstärkt einbezogen werden müsse. Speziell Frauen sind immer wieder erste Opfer von Ungleichheit, wie sie aus Entwicklungsdefiziten resultiert – sei es bezüglich mangelnder Bildung und politischer Mitsprachemöglichkeiten oder auch der Exposition von Gewalt. Hier wurden insbesondere auch die Herausforderungen und Lösungsansätze aus afrikanischen Ländern diskutiert. KATHARINA PATZELT, MEIKE ZIMMERMANN

## Neues EU-Förderinstrument im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit: noch viele Fragezeichen

Seit Juni letzten Jahres liegt der Vorschlag für ein neues Förderinstrument im EZ-Bereich vor. Das Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit oder kurz

„NDICI“ soll ein 89 Milliarden Euro schweres Programm werden, das zwölf bisherige Einzelprogramme in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit, sowie Nachbarschafts- und Außenpolitik zusammenfügt (siehe auch Brüsseler Notizen vom 06.07.2018 und vom 03.12. 2018).

In der vorletzten Plenarsitzung vor den Wahlen hat das Europäische Parlament am 27. März 2019 seine Position angenommen. Es steht hinter dem Kommissionsvorschlag eines einzelnen Instruments. Während die Einbeziehung der Finanzierung der Nachbarschaftspolitik heftig debattiert wurde, waren sich die Abgeordneten größtenteils einig, dass der Europäische Entwicklungsfonds mit aufgenommen werden soll. Dieser ist bisher nicht Teil des EU-Haushalts, sondern wird von den Mitgliedstaaten separat im Rahmen des Cotonou-Abkommens für die Länder Afrikas, der Karibik und des Pazifiks zur Verfügung gestellt. Mit der Aufnahme in den größeren Mehrjährigen Finanzrahmen hätte das Europäische Parlament Kontrolle über diesen Haushalt.

Die EU-Mitgliedstaaten sind bisher noch sehr geteilter Meinung, und es ist gut möglich, dass sich v. a. die Staaten Zentral- und Osteuropas für ein separates Instrument für die Nachbarschaftspolitik stark machen werden. Frankreich ist ein Befürworter der Beibehaltung des Europäischen Entwicklungsfonds in seiner jetzigen Form, d.h. außerhalb des EU-Budgets. Optimistische Stimmen im Rat gehen davon aus, bis Ende des Jahres einen Durchbruch zu erzielen. Es ist jedoch wahrscheinlich, dass die Verhandlungen noch in das Mandat der deutschen Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2020 fallen. Bis Dezember 2020 muss eine Entscheidung fallen, da bis dann alle bisherigen Instrumente auslaufen.

ANNE SCHLEY

---

### **Dr. Markus Ehm**

Leiter Europa-Büro Brüssel der Hanns-Seidel-Stiftung e.V.

Unter Mitarbeit von Katharina Patzelt, Anne Schley, Meike Zimmermann

### **Impressum**

Hanns-Seidel-Stiftung e.V. | Lazarettstraße 33 | 80636 München | [www.hss.de](http://www.hss.de)

Vorsitzende: Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a. D. | Generalsekretär: Oliver Jörg

Für Rückfragen zum Inhalt erreichen Sie das Büro Brüssel unter

Tel. +32 2 230-5081 | E-Mail: [bruessel@hss.de](mailto:bruessel@hss.de)